



NEUE GEMEINDE

www.gvvgld.at

info



Sensationeller Wahlerfolg: SPÖ-Kandidat Walter Zloklivovits mit 65 % zum neuen Bürgermeister von Heugraben gewählt S. 5

Mindestlohn in 106 Gemeinden fixiert: Auch 28 ÖVP-geführte Gemeinden setzen den Mindestlohn von 1.700 Euro um. Seite 3

Preisgekrönte Gemeinden: Österr. Gemeindebund zeichnet bgld. Gemeinden für das Projekt „Nachbarschaftshilfe plus“ aus. S. 6

GR- und Bürgermeisterwahl 2022: personelle Weichenstellung als Vorzeichen für die Wahlen im Herbst 2022
Seiten 8 und 9

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Soziale Modellregion Burgenland mit den Gemeinden

Geschätzte Bürgermeister*innen und Vizebürgermeister*innen!
Liebe Gemeindevertreter*innen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Burgenland hat sich in den letzten Jahrzehnten mit sozialdemokratischer Handschrift unserer Landesregierung und überwiegend auch in den Gemeinden zu einer sozialen Modellregion entwickelt.

Die Gemeindevertreter*innen im Vorstand des GVV und die Gemeindevertreter*innen in den Gemeinden unterstützen diese aktuellen sozialpolitischen Meilensteine mit Weitsicht. Schließlich werden auch die Finanzierung der Reformprojekte Gratiskindergarten, Zukunftsplan Pflege (50 % Gemeinden) und Besoldungsreform der Gemeindebediensteten zu einem großen Teil von den Gemeindevertreter*innen nachhaltig gesichert. Der Vorstand des GVV fasste daher bereits im Jahr 2019, nach genauen Berechnungen und nach Abwägung der nachhaltigen Finanzierungsmöglichkeit, jeweils einstimmige Beschlüsse, diesen burgenländischen Weg gemeinsam mit der Landesregierung unter Landeshauptmann Hans Peter Doskozil zu gehen. Die Burgenländer*innen honorierten diese klare Politik für die Menschen mit einem klaren Auftrag für die Sozialdemokratie. Inzwischen haben bereits zwei Drittel der Gemeinden die sozialdemokratische Initiative zur Einführung einer faireren Entlohnung der Gemeindebediensteten beschlossen. Der Gratiskindergarten ist ebenfalls bereits Realität und das Burgenland ist bundesweiter Vorreiter im Pflegebereich.

Kürzlich wurden auch vom Österreichischen Gemeindebund 21 burgenländische Gemeinden für das interkommunale Sozialprojekt „Nachbarschaftshilfe plus“ als Sieger beim Impuls Award 2021 ausgezeichnet. Burgenländische Sozialpolitik ist offensichtlich immer öfter der Schlüssel zum Erfolg.

Bei den Gemeinderatswahlen 2022 wollen wir diesen Weg mit den Menschen und für die Menschen weitergehen und gemeinsam weiter erfolgreich sein. Der Wahlerfolg von Walter Zloklikovits in Heugraben war dazu ein sehr erfreulicher Auftakt. In diesem Sinne gilt es nun, die Gemeinderatswahlen 2022 weiter gut vorzubereiten, um unseren Weg fortsetzen zu können und auch als Sozialdemokratie gestärkt zu sein! Dazu wünsche ich allen sozialdemokratischen Kandidat*innen schon jetzt alles Gute und möchte dazu die volle Unterstützung des GVV anbieten!

Mit freundschaftlichen Grüßen
Euer



Beim „Mindestlohn in Gemeinden“ wurde die 100er-Marke geknackt: SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich, Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf und GVV-Präsident Erich Trummer informierten darüber. Foto: SPÖ Burgenland

1.700 Euro Mindestlohn bereits in 106 burgenländischen Gemeinden fixiert

Mit Stand Ende August haben bereits 106 burgenländische Gemeinden den Mindestlohn beschlossen – 75 SPÖ- und 28 ÖVP-geführte Gemeinden, sowie drei Gemeinden, die von einem Listenortschef geführt werden.

SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich sprach von einem sozialpolitischen Meilenstein: „Besonders erfreulich ist, dass auch viele in der Privatwirtschaft dem Beispiel folgen und den Lohn entsprechend angehoben haben. Unsere Strategie, hier Vorbild zu sein, ist aufgegangen.“ Erich Trummer, GVV-Präsident, sieht im Mindestlohn für die Gemeindebediensteten auch eine bessere Wettbewerbsfähigkeit: „Die Gemeinden brauchen gute und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daher brauchen sie auch attraktive Jobangebote“, so Trummer.

„Beim Mindestlohn geht es nicht nur um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern um die gesamte Familie, da das Haushaltseinkommen entsprechend steigt und somit auch die Kaufkraft“, so Gemeindefeferentin Eisenkopf. Der Mindestlohn kommt vor allem jungen und weiblichen

Bediensteten zu gute. „Rund 60 Prozent der etwa 4.300 Gemeindebediensteten im Burgenland sind weiblich. Daher profitieren sie überproportional von den 1.700 Euro netto Mindestlohn.“ Für die Frauen ist der Mindestlohn auch in Hinblick auf die Pension ein wichtiger Punkt, betont Eisenkopf weiter.

Klubobmann Hergovich blickte auf die gesetzliche Entwicklung beim Mindestlohn in den Gemeinden zurück: „Die ÖVP-Spitze im Burgenland hat damals versucht, dieses Projekt mit aller Kraft zu torpedieren und sogar den Konsultationsmechanismus ausgelöst. Bis jetzt haben sich 28 ÖVP-Gemeinden nicht davon beeindrucken lassen und weitere werden folgen!“

Auch in Trummers Gemeinde Neutal wurde der Mindestlohn bereits beschlossen. Der GVV-Präsident rechnet damit, dass viele weitere Kommunen folgen werden. „Wir wissen von weiteren 16 Gemeinden, dass der Beschluss für den Mindestlohn unmittelbar geplant ist. Kommen diese dazu, liegen wir bei einer Quote von 71 Prozent. Das ist eine wahre Erfolgsgeschichte“, so Trummer abschließend.

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!

VZBGM.

Kilian BRANDSTÄTTER

Gols

30

VZBGM.

Christian GRÖLLER

Bocksdorf

40

PCR-Gurgeltests für daheim lösen BITZ ab

Aufgrund der geänderten Bundesvorgaben in Bezug auf die Gültigkeit von Antigen-Schnelltests und der dadurch nachlassenden Frequentierung wurden die sieben Burgenländischen Impf- und Testzentren (BITZ) mit Ende September geschlossen. Die Bilanz der Impf- und Testzentren kann sich sehen lassen: Seit ihrer Öffnung im Jänner 2021 wurden in den BITZ bis dato (Stand 21.09.2021) 1.038.914 Tests durchgeführt und 152.959 Impfdosen verabreicht. Der letzte Testtag war der 30. September. Es gibt auch weiterhin ein umfassendes Testangebot für die Burgenländerinnen und Burgenländer: Mit 1. Oktober startete im Burgenland die landesweite Gurgeltestaktion. Jede Burgenländerin und jeder Burgenländer erhält, nach Registrierung in einer speziellen App, zum Start zehn PCR-Gurgeltests. Weitere Tests können dann ohne Beschränkung je nach Bedarf nachgeholt werden. Diese sind an zahlreichen Standorten erhältlich, die in einem engmaschigen Netz über das ganze Burgenland verteilt sind. Informationen zu den PCR-Gurgeltests, den Abhol- und Abgabestationen, der App zur Registrierung sowie zum genauen Ablauf gibt es auf www.burgenland.at/coronavirus.

Zur Sache!

Liebe Gemeindevertreterinnen! Liebe Gemeindevertreter!



Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Es ist wieder Herbst und es ist wieder Schulstart. Klar ist, dass das Recht der Kinder auf Bildung durch die Corona-Pandemie nicht über Gebühr eingeschränkt werden darf. Von daher ist es wichtig, dass der Bildungsminister einen Regelbetrieb anstrebt. Aber auch in diesem Sommer wurde die Zeit nicht optimal für einen guten Schulstart genutzt. Wieder ist klar, dass es auch im Herbst 2021 keinen „normalen“ Schulbetrieb geben wird, wie die ersten Quarantänefälle bereits zeigen und die Impfung ist eben – trotz hervorragender Quoten bei den Pädagoginnen und Pädagogen – bei den Kindern (noch) kein „Game Changer“!

Wir werden lernen müssen, weiter mit dem Coronavirus zu leben und das wird auch weitere Auswirkungen auf den Schulbetrieb haben. Übrigens auch auf den Kindergartenbetrieb, auf den in der medialen Fokussierung oft vergessen wird und für den die Gemeinden zuständig sind.

Viele Schulen – aber auch die Kindergärten – sind leider in einem baulichen Zustand, der mit Blick auf Raumgröße und Belüftung einen Unterricht oder eine pädagogische Beaufsichtigung unter Corona-Bedingungen nur schwer zulässt. Ein zeitversetzter Unterricht ist nur bei ausreichenden Raumkapazitäten möglich und die gibt es in kleineren Gemeinden praktisch nicht. Auch zur Einhaltung der grundlegenden Hygienevorschriften fehlen zum Teil notwendige Voraussetzungen, wie ausreichend Waschbecken mit Seifenspendern oder genügend Personal zur Reinigung der Räume. Hinzu kommt, dass bis auf weiteres damit zu rechnen ist, dass der angestrebte Regelbetrieb möglicherweise wieder unterbrochen oder zeitweise ausgesetzt werden muss, wenn ein akutes Infektionsgeschehen vor Ort entsteht. Wir brauchen zukunfts- und krisenfeste Strukturen für den Unterricht, damit die Beschulung und der Kindergartenbetrieb auch fortgesetzt werden kann, wenn das Infektionsrisiko vor Ort steigt. Digitaler Unterricht wurde bereits sinnvoll eingesetzt, um neben dem Präsenzunterricht Schülerinnen und Schüler mit besonderem Nachholbedarf zusätzlich zu unterstützen, aber es kann immer nur ERGÄNZUNG sein. Zudem brauchen wir klare und einheitliche Leitlinien und eine nationale Teststrategie an Schulen und Kindergärten.

Auch wenn wir alle hoffen, dass uns ein weiterer Lockdown erspart bleibt, so sollten wir auch auf örtlich begrenzte Schul- und Kindertageseinrichtungen besser vorbereitet sein. Hier erwarten wir als Gemeindevertreter mehr und bessere Unterstützung. Das Wichtigste aber ist, dass wir Erwachsenen für unsere Kinder Verantwortung übernehmen und impfen, impfen, impfen – damit die Jüngsten geschützt sind und eine Bildungszukunft haben!

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und die GVV-Spitze mit Erich Trummer, Patrick Hafner und Herbert Marhold ließen es sich nicht nehmen, dem neugewählten Bürgermeister vor Ort zu gratulieren
Foto: GVV Burgenland

Nach sensationellem Wahlsieg: SPÖ Bürgermeister in Heugraben

SPÖ-Kandidat **Walter Zloklikovits** wurde mit sensationellen **65 Prozent** zum **neuen Bürgermeister von Heugraben** gewählt.

Am 5. September gab es in der kleinen südburgenländischen Gemeinde Heugraben vorgezogene Bürgermeisterwahlen. Dabei wurde SPÖ-Kandidat Walter Zloklikovits mit 65% der WählerInnenstimmen neu ins Bürgermeisteramt gewählt. Die Wahl wurde notwendig, weil der bisherige ÖVP-Bürgermeister Mario Faustner im April überraschend sein Amt zurückgelegt hatte. Interimistisch wurden dann die Gemeindegeschäfte von Vizebürgermeister Walter Zloklikovits geführt. Dieser hat seine Zeit als Bürgermeister gut genutzt und wurde nun mit überwältigender Mehrheit auch offiziell ins Amt gewählt. GVV Präsident Erich Trummer: „Ich freue mich für den künftigen Bürgermeister Walter Zloklikovits. Nach 67 Jahren ist es mit ihm an der Spitze der Sozialdemokratie wieder gelungen, den Bürgermeister in Heugraben zu stellen!“ Für den GVV ist das ein gelungener Auftakt für die im nächsten Jahr stattfindenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen. Trummer weiter: „Ich gratuliere Walter Zloklikovits und seinem Team recht herzlich zu diesem Erfolg. Es ist ein Zeichen dafür, dass die Sozialdemokratie im Burgenland auch auf Gemeindeebene Rückenwind verspürt.“ Zloklikovits selbst ist vom Ergebnis über-

wältigt: „Ich bedanke mich bei den Heugrabnerinnen und Heugrabnern, die mir ihre Stimme gegeben haben und gehe mit Demut und Tatendrang an die Aufgabe. Ich will Heugraben für unsere Bevölkerung noch schöner und lebenswerter machen. Ich bedanke mich auch bei meinem Mitbewerber Manfred Orsolits für sein kommunalpolitisches Engagement und für die sachliche und kooperative Zusammenarbeit der letzten Monate. Jetzt heißt es Ärmel hochkrempeln und arbeiten“, so Walter Zloklikovits.

Der künftige Bürgermeister will den Breitbandausbau und den Ausbau sowie die Sanierung der Gemeindestraßen, vor allem im Wohngebiet, schnellstmöglich umsetzen. Darüber hinaus plant er, die Bevölkerung vermehrt miteinzubinden und deren Wünsche umzusetzen. Mit einem örtlichen Entwicklungskonzept will er auch Bauland mobilisieren und somit günstige Bauplätze für Eigenheime schaffen. Der 59-jährige Walter Zloklikovits ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach seiner 15-jährigen Tätigkeit in der Devisenabteilung der Länderbank ist er seit 1995 in der Bezirkshauptmannschaft Güssing angestellt. Im nächsten Jahr wird in Heugraben übrigens wieder eine Bürgermeister- und Gemeinderatswahl - zeitgleich mit allen anderen 170 Gemeinden des Landes - stattfinden.

Bonität: Burgenlands Gemeinden gut dabei

Bereits zum wiederholten Mal liegen beim jährlichen Bonitätsranking aller österreichischen Gemeinden – eine Kooperation zwischen dem Magazin „public“ und dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung – die burgenländischen Gemeinden im Top-Feld. Die SPÖ geführte Gemeinde Siegggraben, mit Bürgermeister Andreas Gradwohl, der auch GVV Landesvorstandsmitglied ist, belegt beispielsweise den 5. Platz unter den Top 10 der burgenländischen Gemeinden. Insgesamt finden sich 27 burgenländische Gemeinden unter den Top 250 von insgesamt 2095 Gemeinden österreichweit. GVV Präsident Erich Trummer freut das, da die Aufgaben in den burgenländischen Gemeinden immer komplexer werden und speziell kleine Gemeinden oft vor großen Herausforderungen stehen. Umso erfreulicher ist das Ergebnis des aktuellen Gemeinde-Bonitätsranking. Trummer lobt einmal mehr die äußerst solide Arbeit der rund 4.300 burgenländischen Gemeindeverantwortlichen und MitarbeiterInnen, die gerade in den Jahren 2020 und 2021 beachtliches geleistet haben. Die burgenländischen Gemeinden sind aber auch im Österreichvergleich mit den geringsten Umlagebelastungen konfrontiert, wodurch auch das Land Burgenland mit dazu beiträgt, dass sich die burgenländischen Gemeinden finanziell solide aufstellen können. Trummer: „Wir haben in guten Verhandlungen mit dem Land, die auf Augenhöhe geführt wurden, erreichen können, dass auch in Krisensituationen die Liquiditätssituation in den Gemeinden sichergestellt und die Aufgaben der Gemeinden in vollem Umfang wahrgenommen werden können. Ergänzend dazu werden seitens des Landes vermehrt Serviceleistungen für die Gemeinden zur Verfügung gestellt, das neue Gemeindegemeindefeferat im Amt der burgenländischen Landesregierung ist dafür ein gutes Beispiel.“

Die Top-250-Gemeinden 2021

Atlas der 250 Gemeinden mit der höchsten Bonität in Österreich





21 burgenländische Gemeinden wurden für das interkommunale Sozialprojekt „Nachbarschaftshilfe plus“ als Sieger beim Impuls Award 2021 ausgezeichnet.

Foto: GVV Burgenland



Rund 1.500 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter nahmen am 67. Österreichischen Gemeindetag in Tulln teil

Foto: GVV



Die SPÖ-Delegation am 67. Österreichische Gemeindetag in Tulln

Foto: Herbert Käfer

„Gemeinden als Pioniere des Fortschritts“ am Gemeindetag in Tulln

Am 15. und 16. September fand in Tulln der 67. Österreichische Gemeindetag statt. Unter dem Motto „Gemeinden - Pioniere des Fortschritts“ wurde zwei Tage intensiv über die Coronapandemie sowie die Maßnahmen für die Energiewende diskutiert.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler betonte bei der Eröffnung, dass die Gemeinden wichtige Partner bei der Klimawende sind. „Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind oft das erste Gesicht für den Klimaschutz und wichtige Botschafter für die Klimawende“, so die Ministerin. In Richtung Bodenverbrauch betonte die Klimaschutzministerin: „Unser Ziel: Österreich vom Europameister im Zubetonieren zum Europameister des Bodenschützens machen.“

Die beiden niederösterreichischen Landesverbandspräsidenten Johannes Pressl (NÖ Gemeindebund) und Rupert Dworak (GVV-Niederösterreich) betonten, dass die Gemeinden schon lange am Weg zur Energieneutralität seien. „Am Weg zur Energiewende stehen wir vor zwei Herausforderungen: Erklären und Ermöglichen. Wir – die Bürgermeister – sind vor Ort gefragt, die verschiedenen Klimamaßnahmen zu erklären und auch zuzulassen“, so Bürgermeister Johannes Pressl. Klar ist aber auch, dass Strom von erneuerbaren Energieträgern neue Leitungen brauche. Bürgermeister Rupert Dworak betonte, dass

„dass wir die Menschen mit den verschiedenen Projekten und Angeboten dort abholen müssen, wo sie leben. Die vielen Bürgerbeteiligungsprojekte in den Gemeinden zeigen, dass Klimaschutz funktioniert, wenn die Menschen eingebunden werden.“

Niederösterreichs Städtebund-Präsident Bürgermeister Matthias Stadler betonte in seinen Begrüßungsworten, dass „die Gemeinden in der Corona-Pandemie gut funktioniert haben. Für den GVV Burgenland nahmen GVV Präsident Erich Trummer, GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska sowie der 1. GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold als Delegierte. Weiters mit dabei viele SPÖ Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und GemeindevertreterInnen des Burgenlandes sowie der 2. GVV Landesgeschäftsführer Patrick Hafner.“

21 burgenländische Gemeinden wurden vom Österreichischen Gemeindebund für das interkommunale Sozialprojekt „Nachbarschaftshilfe plus“ als Sieger beim Impuls Award 2021 ausgezeichnet. „Ich bin stolz auf unsere Mitarbeiterinnen und auf die Ehrenamtlichen von Nachbarschaftshilfe plus, die nun diese bundesweite Auszeichnung erhalten haben. Es zeugt aber auch von der sozialen Modellregion Burgenland und von der guten interkommunalen Zusammenarbeit“, so GVV Präsident Erich Trummer dazu.

Modernstes Pflegezentrum des Landes eröffnet

Ein neues, privates Pflegezentrum wurde Anfang September 2021, in Neutal eröffnet. Insgesamt wurden 6,6 Millionen Euro investiert; 5,4 Mio. entfallen auf die OSG, 1,2 Mio. Euro auf den Betreiber. Das Pflegezentrum bietet 31 BewohnerInnen Platz.

Das Pflegezentrum verfügt über 31 Betten, zwei der Zimmer sind Familienzimmer für Ehepaare, der Rest Einzelzimmer. Jedes der großzügig geplanten Zimmer ist mit einer/m 8-10 Quadratmeter großen Terrasse oder Balkon ausgestattet, es sind viele Rückzugsmöglichkeiten vorhanden. Das ganze Haus erfüllt alle aktuellen Anforderungen an die Barrierefreiheit. 27 MitarbeiterInnen, auch aus dem Ort, zwei aus einem Umschulungsprojekt, sind beschäftigt. „Die Österreicherquote liegt bei 100 %“, sagt Betreiber Drescher. Er sei „froh und stolz, dass sich die Mitarbeiter alle selber beworben haben, wir mussten nicht suchen. Es zeigt sich, dass



OSG Direktor Dr. Alfred Kollar (Oberwarter Siedlungsgenossenschaft), Landesrat Mag. Heinrich Dorner, Bürgermeister, GVV Präsident Erich Trummer, Betreiber Franz Drescher (3.v.r.) mit Freundin Daniela Reumann (4.v.l.) und Landesrat Dr. Leonhard Schneemann (v.l.) bei der Schlüsselübergabe.

Foto: LMS

man mit einem entsprechenden Umfeld genügend Anreiz für eine Anstellung bieten kann.“ Die Oberwarter Siedlungsgenossenschaft als bauausführendes Unternehmen hat 5,4 Mio. Euro investiert, der Betreiber

selbst weitere 1,2 Mio. Euro für Ausstattung, Technik und Software. Drescher sieht sich auch der sozialen Verantwortung verpflichtet und verspricht: „Wir wollen ein offenes Haus sein und das Dorf ins Haus holen“.

energie
BURGENLAND

Hast du Platz auf deinem Dach?

Dann hol dir SonnenMax oder SonnenMarie



Deine
PV-Anlage
ab 45 Euro
im Monat!



Nähere Informationen auf weiterdenker.at

Amtsübergabe

Burgenländische Gemeindevahlordnung sieht eine Amtsübergabe durch eine Wahl im Gemeinderat innerhalb eines Jahres vor dem frühestmöglichen Wahltermin vor. Einige SPÖ Ortsfraktionen haben diese Möglichkeit bereits genutzt und im Vorfeld der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2022 personelle Weichen für die Zukunft gestellt.

Endet das Amt eines Bürgermeisters innerhalb eines Jahres vor dem frühestmöglichen Wahltermin, so kann der Nachfolger vom Gemeinderat aus der Mitte seiner Mitglieder gewählt werden. Das „magische Datum“ in der laufenden Periode war der 04. September 2021.

So wurde am 17. September 2021 bereits Herbert Schedl als Nachfolger von Johann Horvath in der mittelburgenländischen GVV-Mitgliedsgemeinde Mannersdorf a. d. Rabnitz gewählt. Horvath hatte die Gemeinde vier Jahre lang geführt.

Auch in Trausdorf kam es zu einem Generationenwechsel an der Spitze der Kommune. Bürgermeister Viktor Hergovich legte am 15. September 2021 nach 24 Jahren sein Amt nieder. Als sein Nachfolger wurde



Weichenstellung in der SPÖ Bocksdorf: Gerald Weinstock schied aus dem Gemeinderat aus, für ihn rückte Christian Gurdet nach. Neuer Ersatzgemeinderat ist Richard Kettner. Bürgermeister Franz Pelzmann und Vzbgm. Christian Gröller hießen beide in der GR-Fraktion SPÖ Bocksdorf/Andrea Unger willkommen.



In Trausdorf wurde Andreas Rotpüller zum neuen Bürgermeister gewählt, als Vizebürgermeister unterstützt ihn Klubobmann Robert Hergovich



Mannersdorfer SPÖ-Fraktion nach der Wahl des neuen Bürgermeisters Herbert Schedl (von links): Josef Herold, Hannes Stampf, Gerhard Graner, Vera Wolmuth-Tompek, Peter Käsznar, Edith Hofer, Anna Pospichal, der neue Bgm. Herbert „Harry“ Schedl, Werner Zwickovitsch, Johann Horvath, Stefan Frühwirth und Heribert Rabel

Foto: SPÖ Mannersdorf

durch Wahl im Gemeinderat



Der neu gewählte Bürgermeister von Gerersdorf-Sulz Roman Jandrisevits (4. von links) mit seinem Team

Foto: SPÖ Gerersdorf-Sulz

am 21. September 2021 der bisherige Vizebürgermeister Andreas Rotpüller gewählt. Neuer Ortsvize ist Klubobmann Robert Hergovich.

Weitere SPÖ-geführte Wechsel werden aus heutiger Sicht u. a. Sigleß, Steinberg-Dörfel, Siegendorf, Hirm, Mattersburg, Stegersbach oder Lockenhaus sein. Insgesamt werden mindestens 15 „rote Bürgermeister“ ihr Amt vorzeitig niederlegen. Bis Ende Jänner soll dies individuell und laufend geschehen.

Rechtlich gesehen sind diese planmäßigen Wechsel in der burgenländischen Gemeindevahlordnung geregelt. So muss die BürgermeisterIn das Ende des Amtes schriftlich bei der VizebürgermeisterIn erklären. Dieser wiederum hat die Bezirkswahlbehörde und den Zustellungsbevollmächtigten der Bürgermeister-Partei in Kenntnis zu setzen. Innerhalb von vier Wochen nach Ende des Amtes ist dann die Nachwahl durchzuführen. Diese hat mit Stimmzetteln zu erfolgen, wobei als gewählt derjenige Kandidat gilt, auf welchen mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen entfällt. Passivwahlberechtigt sind nur aktive Gemeinderäte. Ersatzgemeinderäte können selbstverständlich aktive Gemeinderäte vertreten.

Erhält im ersten Wahlgang kein Kandidat mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, so ist ein zweiter Wahlgang durchzuführen. Erst wenn auch dann niemand das notwendige Zustimmungsquorum erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten mit den meisten Stimmen im zweiten Wahlgang statt. Die Stimmzettel können im Übrigen entweder leer oder vorgedruckt mit den Namen aller Gemeinderäte und einem Kreis vor den Namen zum entsprechenden Ankreuzen sein.

Personelle Weichenstellungen

In Gerersdorf-Sulz wurde Roman Jandrisevits einstimmig zum Vizebürgermeister gewählt. Er folgt damit auf Günther Peischl, der Ende Juni diese Funktion und sein Mandat im Gemeinderat niedergelegt hat. Jandrisevits ist 53 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Söhnen. Neben dem Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die Feuerwehr Gerersdorf möchte der neue Vizebürgermeister den Breitbandausbau in der Gemeinde vorantreiben und der Abwanderung entgegenwirken. So soll zum Beispiel endlich eine Wohnanlage im kleinsten Ortsteil Rehgraben gebaut werden. Auch die Aufbahnhalle Sulz sollte schnellstens saniert werden. Bereits laufende Pro-

jekte werden von ihm und seinem Team voll und ganz unterstützt. „Zuletzt hat der Gemeinderat einstimmig die Sanierungsarbeiten für die Volksschule Gerersdorf sowie der Gemeindeförderung Rehgraben beschlossen. Zudem wird auf dem Feuerwehrhaus Rehgraben eine Photovoltaikanlage errichtet“, berichtet Roman Jandrisevits. Neben Roman Jandrisevits wurde auch der 28-jährige Matthias Hafner aus Gerersdorf in den Gemeindevorstand gewählt. Birgit Frisch rückte als ordentliches Mitglied in den Gemeinderat nach und Hannes Jandrasits (Sulz) wurde als Ersatzgemeinderat für die SPÖ angelobt.

Nach fast einem Vierteljahrhundert gab Trausdorfs Bürgermeister Viktor Hergovich (SPÖ) seine Aufgaben ab. Vize Andreas Rotpüller wurde vom Gemeinderat mehrheitlich zum Bürgermeister gewählt. Zur Seite als Vizebürgermeister steht ihm Klubobmann Robert Hergovich.

In Mannersdorf übernahm Herbert Schedl, bis dahin 2. Vizebürgermeister, das Amt des Bürgermeisters von Johann Horvath. Der GVV Burgenland bedankt sich bei den ausgeschiedenen Kommunalpolitikern für ihren unermüdlichen Einsatz für die Gemeinden und ihre Menschen.



Die Landesräte Leonhard Schneemann und Heinrich Dorner präsentierten gemeinsam mit Wirtschaftsagentur Burgenland-Geschäftsführer Mag. Harald Zagiczek, Bürgermeisterin Klaudia Friedl, Marktgemeinde Steinberg-Dörfel, und Bürgermeister Rudolf Geißler, Stadtgemeinde Oberpullendorf, sowie Vertreterinnen und -vertretern weiterer Standortgemeinden, die Fortschritte des gemeindeübergreifenden Projektes

Foto: LMS

Start für Interkommunalen Businesspark

Die Errichtung eines neuen interkommunalen Businessparks soll die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk Oberpullendorf ankurbeln, für zusätzliche Betriebsansiedlungen sorgen und die Beschäftigungskapazitäten erhöhen, erklärt Wirtschafts- und Arbeitsmarktlandesrat Dr. Leonhard Schneemann.

Der „Interkommunale Businesspark Mittelburgenland“ wird, wie der längst präsentierte „INKOBA Businesspark Südburgenland“ (Interkommunale Betriebsansiedlungen), unter Beteiligung von Bezirksgemeinden entstehen – und zwar am Knotenpunkt Oberpullendorf/Steinberg-Dörfel. „Hierfür hat das Land Burgenland mit dem Ausbau der S31 wichtige infrastrukturelle Weichen gestellt,“ erklärt Verkehrslandesrat Mag. Heinrich Dorner.

„Während die Wirtschaftsagentur Burgenland bereits seit vielen Jahren Businessparks in Kittsee, Parndorf/Neusiedl am See, Müllendorf und Heiligenkreuz führt und vermarktet, wollen wir nun auch die Gemeinden und Regionen verstärkt in unsere Strategie mit einbauen,“ erläutert Landesrat Schneemann den wirtschaftspolitischen Zugang der Landesregierung. Stellvertretend für alle Standortgemeinden

– anwesend waren Karl Degendorfer (Gemeindevorstand Weppersdorf), Christian Rohrer (Bürgermeister Lutzmannsburg), Angelika Mileder (Bürgermeisterin Frankenu), Georg Dillhof (Bürgermeister Horitschon), Christian Vlasich (Bürgermeister Lockenhaus) und Ernst Dorner (Gemeindevorstand Lockenhaus), Thomas Hauser (Bürgermeister Piringsdorf), Jochen Müllner (Bürgermeister Ritzing), Johann Horvath (Bürgermeister Mannersdorf), Klaus Schütz (Bürgermeister Kobersdorf), Manfred Jestl (Bürgermeister Oberloisdorf), Herbert Schedl (Bürgermeister Mannersdorf) und Erich Fruhstuck (Gemeindevorstand Unterfrauenhaid) – bedankte sich Klaudia Friedl (Bürgermeisterin Steinberg-Dörfel) für die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten während der mehrjährigen Projekteinleitung. Rudolf Geißler (Bürgermeister Oberpullendorf) befürwortete den Schulterschluss der teilnehmenden Gemeinden „über den eigenen Kirchturm hinweg“.

„Dabei gründet die Wirtschaftsagentur Burgenland mit Gemeinden des Mittelburgenlandes eine gemeinsame Gesellschaft, welche im Rahmen der Dachmarke ‚Businessparks Burgenland‘ die Rahmenbedingungen sicherstellt und die Vermarktung

und Verwertung der Betriebsflächen betreibt“, so Wirtschaftsagentur Burgenland-Geschäftsführer Mag. Harald Zagiczek zur Vorgangsweise. Die Wirtschaftsagentur, eine Tochtergesellschaft des Landes Burgenland, übernimmt hierbei die meisten Gesellschaftsanteile. Die Kosten für die Grund- und Erschließungsmaßnahmen für die Gesamtfläche von rund 10 Hektar betragen rund 5,4 Millionen Euro. Baustart für die neue Infrastruktur ist im März 2022, die Fertigstellung ist für Ende 2022 geplant. 40 Prozent der Flächen sind bereits konkret verplant.

„Das Projekt wurde allen 28 Gemeinden des Bezirkes Oberpullendorf präsentiert. Insgesamt haben bisher 27 Gemeinden ihre Teilnahme an dem Projekt erklärt,“ weiß Landesrat Dorner. Der „Interkommunale Businesspark Mittelburgenland“ stellt eine gemeinsame Infrastruktur- und Vermarktungsplattform für die Wirtschaftsagentur Burgenland und die teilnehmenden Gemeinden dar. Die Gemeinden profitieren, da sie mit einem relativ kleinen finanziellen Beitrag an den zukünftigen Einkünften des interkommunalen Businessparks Mittelburgenland partizipieren können. Zudem wirkt ein hochrangiges Betriebsgebiet in der Region Abwanderung entgegen.

Toth-Kanyak neue SPÖ-Chefin und Bürgermeisterkandidatin in Eisenstadt

Vor mehr als 100 Delegierten fand vor kurzem der Parteitag der SPÖ Eisenstadt statt. Dabei wurde die Neuaufstellung für die Gemeinderatswahl 2022 abgeschlossen. Mit der Eisenstädterin Charlotte Toth-Kanyak gibt es eine neue Vorsitzende sowie Spitzen- und Bürgermeisterkandidatin für 2022. Die beliebte Volksschuldirektorin wurde mit 100 Prozent Zustimmung gewählt.

Die 49 Jahre alte Volksschullehrerin übernahm mit überwältigender Mehrheit den Stadtparteivorsitz und geht somit nächstes Jahr ins Rennen um das Bürgermeisteramt in der Landeshauptstadt. Damit steht eine Quereinsteigerin und Praktikerin aus dem Bildungsbereich an der Spitze der SPÖ Eisenstadt. „Es ist ein ganz besonderer Tag in meinem Leben und eine große Ehre für mich, als Spitzenkandidatin der SPÖ Eisenstadt in die kommenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen zu gehen. Wir haben heute bewiesen, dass wir eine starke Alternative zur ÖVP sind und alle Chancen haben, nach der nächsten Wahl die Bürgermeisterin zu stellen“, sagt Toth-Kanyak.

„Besonders wichtig war mir, dass wir nach turbulenten Jahren nun eine starke und geschlossene Kraft für die Zukunft bilden. Ich bedanke mich besonders bei Otto Kropf und Heinz Mock, die dieses Fundament gebaut haben und mich nun gemeinsam mit Günther Kovacs und Jasmin Puchwein aus dem Landeshauptmannbüro als StellvertreterInnen in meinem Team unterstützen werden“, so Toth-Kanyak.



LH-Stv.ⁱⁿ und Bezirksparteiivorsitzende Mag.^o Astrid Eisenkopf, SPÖ-Stadtparteivorsitzende und Spitzenkandidatin Charlotte Toth-Kanyak, Vizebürgermeister Otto Kropf
Foto: SPÖ Burgenland

In einer kämpferischen Rede betonte die neue Parteichefin, wie stark der Reformstau in Eisenstadt sei. In den Jahren an der Macht habe sich in der türkisen Bürgermeisterpartei eine gewisse Bürgerferne eingeschlichen. Die Energie und der Elan für Veränderungen sei merklich erlahmt. „Mein Ziel ist es, eine konstruktive Opposition zu sein. Als Volksschuldirektorin bin ich es gewohnt, mit allen zu reden und so möchte ich es auch in der Politik halten. Es ist nicht alles schlecht in Eisenstadt und wir leben alle gerne hier. Aber es gilt, vieles zu verändern. Von der Bildungs- über die Verkehrspolitik bis zum unkontrollierten Stadtwachstum gibt es zahlreiche Baustellen“, so Toth-Kanyak.

Die neue SPÖ-Chefin betonte, dass die Partei in den kommenden Monaten, unter breiter Einbindung, ein umfassendes Programm erarbeiten wird, das aufzeigt, wie viel mehr an Lebensqualität in Eisenstadt möglich ist. Vom Mindestlohn von 1.700 Euro netto, der in Eisenstadt aus parteipolitischem Starrsinn nicht umgesetzt wird, über fehlende Nahversorger bis hin zur Dauerbau- und Staustelle ist vieles zu tun. Besonders Frauen und junge Familien kommen in der Politik der Stadt bisher zu kurz. Leistbarer Wohnraum ist, wie auch fairer Wohnraum Mangelware. Von einer modernen Bildungspolitik kann keine Rede sein, wie die Coronakrise deutlich gezeigt hat. Auf Frauen- und Bildungspolitik wird die neue SPÖ-Stadtparteivorsitzende dementsprechend auch einen Schwerpunkt legen. „Das ist mir ein Herzensanliegen und Chefinnensache“, sagt Toth-Kanyak.



GVV Geschäftsführer Herber Marhold und Patrick Hafner gratulierten OSG Geschäftsführer Alfred Kollar zum Jubiläum der OSG Foto: GVV Burgenland

OSG feiert 70-Jahr-Jubiläum

Die Oberwarther Siedlungsgenossenschaft (OSG) entwickelte sich in ihrem 70-jährigen Bestehen zu einem kräftigen Motor des Wohnbaus und wichtigen Impulsgeber für die heimische Wirtschaft. Gefeiert wurde das 70-Jahr-Jubiläum in der Messehalle. „Die Oberwarther Siedlungsgenossenschaft hat sich in den 70 Jahren sehr gut entwickelt. Sie ist Partner von 157 Gemeinden im Burgenland. Rund 38.500 Burgenländerinnen und Burgenländer wohnen in 1.700 OSG-Wohnungen und OSG-Reihenhäusern in allen Bezirken“, betont GVV Präsident Erich Trummer, „ich gratuliere OSG-Geschäftsführer Alfred Kollar und seinem Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu ihrer herausragenden Arbeit.“ Aktuell verwaltet die größte Wohnbaugenossenschaft des Landes über 16.500 Wohnungen und Reihenhäuser. Weiters sind über 130 Wohnprojekte sowie mehrere Kommunalprojekte, Geschäfte, Büros und Ordinationen in Bau. Rund 90 Bauvorhaben befinden sich in Vorbereitung. Burgenländer bauen für Burgenländer.



GVV Steiermark Landeskonferenz.

Der GVV Steiermark Vorsitzende, Bürgermeister Mario Abl aus Trofaiach, wurde mit 99,4 Prozent im Amt bestätigt
Foto: Patrick Neves/ GVV Burgenland

Gemeinden wichtige Partner bei Naturschutz

Naturschutz funktioniert nur dann, wenn er von allen mitgetragen wird. Die Gemeinden sind hier wichtige Unterstützer, wenn es um Umwelt- und Naturschutz geht. Beispielhaft dafür steht die Gemeinde Winden am See. Die nordburgenländische Gemeinde setzt eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen zum Schutz der Natur und der Umwelt um. Biodiversität, gesunde Ernährung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit stehen dabei im Mittelpunkt. Winden am See ist seit fünf Jahren glyphosatfrei im eigenen Wirkungsbereich.

Auch das Land Burgenland setzt verschiedenste Initiativen, um den Einsatz von Glyphosat im Burgenland schrittweise zu reduzieren. Im Bereich der Grünraumbewirtschaftung entlang der Straßen wird bereits seit 2013 auf den Einsatz von Glyphosat verzichtet. Seit 2018 sind auch alle landesnahen Unternehmen glyphosatfrei.

Vorzeigegemeinde Winden

In Winden werden Anlagen im öffentlichen und privaten Bereich, Blumenwiesen für Schmetterlinge und andere Insekten, laufend geschaffen. Insektenhotels, Naturpark Kindergarten und Volksschule und die weitere Pflanzung heimischer Bäume sind geplant. Im Rahmen des Projektes „Gesundes Dorf“ wurden außerdem im Kindergarten und Volksschule Hochbeete errichtet, das Mittagessen für den Kindergarten und die Volksschule kommt von einem Gastro-Betrieb im Ort. Im Kampf gegen Ragweed ist in Winden ein ehrenamtlicher Ragweedbeauftragter tätig.



Einsatz für Umwelt- und Naturschutz: LH-Stv. Astrid Eisenkopf, LAbg. und Bürgermeister Erwin Preiner Foto: LMS



Der Kriminalfall Commerzialbank hat viele Gemeinden hart getroffen Foto: GVV Burgenland

Commerzialbank: Gemeinden können entschädigt werden!

Gemeinden, die Geld durch die Commerzialbank-Pleite verloren haben, können nun mit einer teilweisen Entschädigung durch das Land rechnen. Das dazu notwendige, bereits im Mai im Landtag beschlossene Gesetz, wurde Mitte August von der Bundesregierung abgesegnet.

Die betroffenen Gemeinden können mit rund 60 bis 85 Prozent der verlorenen Einlagen rechnen, wenn sie die Forderung an das Land abtreten. Das Land wird in einer Sammelklage gegen die Republik versuchen, die volle Summe zurückzubekommen. Be-

troffen sind die Gemeinden Schattendorf, Forchtenstein, Baumgarten, Draßburg, Bad Sauerbrunn, Hirm, Loipersbach, Großhöflein, Sigleß und Krensdorf.

Jetzt müssen die Gemeinderäte beschließen, dass sie die Forderungen an das Land verkaufen. Im Vorfeld haben sich die meisten Gemeinden dafür ausgesprochen, das Angebot anzunehmen. Der GVV Burgenland hat sich von Anfang an für eine Entschädigungslösung ausgesprochen und auf Bundesebene eine eigene Einlagensicherung für Kommunen gefordert.



BürgermeisterInnenkonferenz des SPÖ Parlamentsklubs in Linz. Österreichs 2.095 Gemeinden sind durch Corona finanziell stark unter Druck geraten. Wie unsere Gemeinden besser unterstützt und ihnen eine sichere Zukunft ermöglicht werden kann, stand im Fokus der SPÖ-BürgermeisterInnen-Konferenz unter dem Motto „Starke Gemeinden. Gutes Leben. Kommunalpolitik und Parlament im Dialog“ in Linz. Foto: GVV Burgenland

Protest gegen geplantes Asyquartier in Neuhaus am Klausenbach

Ohne Einbindung und Information des Landes und der örtlichen Gemeindeverantwortlichen werden und wurden in der kleinen südburgenländischen Gemeinde Neuhaus am Klausenbach Vorbereitungsarbeiten für ein Asyquartier geschaffen. Der GVV und die SPÖ Burgenland unterstützen den Bürgermeister und die Gemeindebürger mit einem klaren „Nein“ zum Vorhaben.

Klar ist dabei, dass das Land dafür überhaupt keine Zuständigkeit hat, diese liegt alleine beim Bund. SPÖ Burgenland Landesgeschäftsführer Roland Fürst stellt klar: „Die Situation im südburgenländischen Neuhaus am Klausenbach legt nicht nur das türkise Totalversagen in der Asyl- und Migrationspolitik auf allen Ebenen offen, sondern zeigt auch, dass die ÖVP Burgenland nicht davor zurückschreckt, mit falschen Behauptungen die Bevölkerung zu verunsichern. Bereits Mitte Februar hat die SPÖ Burgenland gewarnt, dass die illegalen Aufgriffe in den Grenzregionen ansteigen und das

Schlepperwesen floriert. Das zuständige Innenministerium hat nicht reagiert!“ Allein in den ersten zwei Augustwochen sind 1.200 Menschen aufgegriffen worden. Informationen erhält Bürgermeister Reinhard Jud-Mund so gut wie keine. Von einer geschlossenen Balkanroute, wie Kanzler Kurz immer versprochen hat, kann keine Rede sein. „Die Bevölkerung ist verunsichert und ich als Gemeindevertreter bin enttäuscht von der Informationspolitik des Innenministeriums“, so Jud-Mund weiter. Die aktuelle Situation ist das Ergebnis von schwerwiegenden Versäumnissen des Bundes. Außerdem versuche Kurz die Bevölkerung bewusst zu täuschen, „indem er eine harte Linie ankündigt, aber in Wirklichkeit kommen immer mehr Menschen illegal über die Grenze“, hält Fürst fest. Es brauche einen „Neustart in der Asyl- und Migrationspolitik“ jenseits der Parteipolitik, der allen Ansprüchen der Menschenrechte und Solidarität genügt, aber vor allem den Bedürfnissen der österreichischen Bevölkerung gerecht werde.



Kritisierten die Showpolitik und das totale Chaos der ÖVP Asylpolitik: SPÖ Landesgeschäftsführer Roland Fürst und der Bürgermeister von Neuhaus am Klausenbach, Reinhard Jud-Mund, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz

Foto: SPÖ Burgenland



Alles ist asphaltiert, beschildert, markiert und überdacht. Foto: GVV Burgenland

Regional Sammeln mit UDB und BMV

Seit dem Vorjahr betreiben UDB und BMV eine regionale Sammelstelle in Heiligenkreuz im Lafnitztal. Für Siedlungsabfälle gibt es dazu eine Umladestation. Die Komplexität der getrennten Sammlung von Abfällen verlangt eine entsprechende Infrastruktur für höhere Trennschärfe, garantiert aber im Gegenzug auch bessere Vermarktbarkeit sortenreiner Altstoffe. Im Anschluss an das Betriebsgebäude entstand weiters ein Sammelraum für verschiedenste Altstoffe mit einer Fläche von insgesamt 170 Quadratmeter, der für mehr als 30 Sammelboxen ausreicht. Seit der Inbetriebnahme können die BewohnerInnen aus insgesamt neun Gemeinden der Bezirke Güssing und Jennersdorf Sperrmüll, Altholz, Alteisen, Bauschutt, Glas, Karton, Kunststoffe, etc. komfortabel im Freien entladen. Der GVV begrüßt diese überregionale Initiative. Ähnliche Projekte sollen auch in anderen Regionen des Burgenlandes entstehen.



GMOA and more: Achtzehn BurgenländerInnen absolvierten den sechsten Lehrgang der Akademie in Klagenbach

Die Seminarreihe für junge KommunalpolitikerInnen endete mit der Zertifikatsverleihung, bei der sich die TeilnehmerInnen über den erfolgreichen Abschluss freuten. „Von der GMOA and More- Akademie konnten wir unglaublich viel mitnehmen. Angefangen von praktischen Übungen bis hin zu theoretischen Wissen, das man im Gemeinderat benötigt, war alles dabei. Jetzt freuen wir uns, das Gelernte auch in unseren Gemeinden anzuwenden“, so die AbsolventInnen.

GVV NÖ: Rupert Dworak bestätigt

Bei der Vollversammlung des GVV Niederösterreich Anfang September wurde Bürgermeister Rupert Dworak mit 98,2 Prozent im Präsidentenamt betätigt. 225 Delegierte stimmten in der Ybbser Stadthalle dem Wahlvorschlag zur Neubestellung des Verbandspräsidiums mit großer Mehrheit zu.

Als besondere Gäste konnte der NÖ GVV den Landeshauptfrau-Stellvertreter und SPÖ-NÖ Landesparteivorsitzenden Franz Schnabl, SPÖ-Klubobmann Reinhard Hundsmüller sowie SPÖ Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig begrüßen. Für den GVV Burgenland nahm Präsident Erich Trummer an der Veranstaltung teil.



Landeshauptfrau-Stellvertreter und SPÖ-NÖ Landesparteivorsitzenden Franz Schnabl, SPÖ-Klubobmann Reinhard Hundsmüller und die Präsidenten Rupert Dworak und Erich Trummer



Bürgermeisterin Michaela Raber, Dr.ⁱⁿ Tamara Ehs, Dr.ⁱⁿ Christine Teuschler, Landtagspräsidentin Verena Dunst

Foto: Büro Landtagspräsidentin

Demokratieoffensive: Pilotveranstaltung für Gemeinden gestartet!

In fand Rauchwart "die erste Veranstaltung im Rahmen des von Landtagspräsidentin Verena Dunst initiierten Projekts „mitreden – Demokratieoffensive Burgenland“ statt.

Ziel des Projekts ist es, das Demokratieverständnis im Land zu stärken. Neben einer Jugendinitiative setzt „mitreden – Demokratieoffensive Burgenland“ auch auf Erwachsenenbildung und die Kommunen. Gemeinsam mit den Burgenländischen Volkshochschulen werden in vier Gemein-

den Pilotveranstaltungen bis Ende des Jahres abgehalten, die von der Politikwissenschaftlerin und Demokratieberaterin Dr.ⁱⁿ Tamara Ehs geleitet werden. Im Projekt sollen auf die Kommunen und die Erwachsenenbildung abgestimmte Konzepte entwickelt und umgesetzt werden. In den Veranstaltungen werden, anhand von Praxisbeispielen, Möglichkeiten vorgestellt, wie Demokratie in den Gemeinden gestärkt und die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Bevölkerung verbessert werden kann.



Präsidiumssitzung des Österreichischen Gemeindebundes.

Im Rahmen der Kommunalen Sommergespräche, die heuer wieder im Präsenz in Bad Aussee stattfand, fand Anfang September auch eine Präsidiumssitzung des Österreichischen Gemeindebundes statt. Themen waren unter anderem die Finanzen, Bildung und die wieder ansteigenden COVID Zahlen. Außerdem auf der Tagesordnung das Dauerthema Pflege und die Vorbereitungen auf den Finanzausgleich, der nächstes Jahr neu verhandelt werden soll. Für den GVV Burgenland dabei waren GVV Präsident Erich Trummer und der 1. GVV Landesgeschäftsführer Herbert Marhold. Foto: GVV Burgenland

EU-Zukunftskonferenz: Erste Plenardebatte in Straßburg

Am 19. Juni fand das erste Plenum der EU-Zukunftskonferenz in Straßburg statt.

Die Konferenz zur Zukunft Europas soll bekanntlich ein Prozess von unten nach oben sein, der den Stimmen der Bürgerforen besonderes Gewicht verleiht. Deshalb ging auch die Onlineplattform schon vor der ersten Plenarsitzung in Betrieb, die Empfehlungen der Bürgerplattform sollen die

Tagesordnungen des Plenums bestimmen. Eine wirkliche inhaltliche Debatte ist erst für das Plenum am 22./23. Oktober zu erwarten. Die erste Sitzung war Fragen zu Ablauf und Organisation sowie Wünschen und Erwartungen gewidmet. Gemeinden können sich an der Debatte beteiligen indem sie Veranstaltungen auf Gemeindeebene ankündigen und Diskussionsbeiträge über die Online-Plattform <https://futureu.europa.eu/?locale=de> hochladen.

550 Millionen Übernachtungen über Buchungsplattformen

2019, also vor Ausbruch der Corona-Krise, wurden über vier große Plattformen 554 Millionen Nächtigungen in Europa gebucht. In Österreich wurden 2019 ca. 16 Mio. Nächtigungen erfasst, mit 5,3 Millionen Nächtigungen ist Wien klarer Spitzenreiter.

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen EU-Kommission und den großen Plattformen AirBnB, Booking, Expedia und Tripadvisor stellen diese der Kommission Buchungsdaten zur Verfügung, welche in der Folge von Eurostat aggregiert und veröffentlicht werden. Da aktuell über die Regulierung der Digitalwirtschaft beraten wird, sind diese Zahlen genau unter die Lupe zu nehmen. Denn bei 15 Millionen Übernachtungen in Paris und 11 Millionen Nächtigungen in Barcelona ist es durchaus glaubwürdig, dass es zu einem Verdrängungswettbewerb am Wohnungsmarkt kommen kann. Zumal gerade in Städten Homesharing v.a. in Innenstadtlagen gefragt ist, wo sich die Situation noch einmal verschärft. In den drei beliebtesten Regionen Andalusien, kroatische Adria und Katalonien trägt der Zweitwohnsitzboom zur Verfügbarkeit von jeweils über 20 Millionen Nächtigungen bei.

16 Mio. Nächtigungen in Österreich

In Österreich wurden 2019 ca. 16 Mio. Nächtigungen erfasst, mit 5,3 Millionen Nächtigungen ist Wien klarer Spitzenreiter.

An zweiter Stelle finden sich aber bereits Pinzgau/Pongau mit 2,6 Millionen Nächtigungen, gefolgt vom Tiroler Unterland mit 1,8 Millionen Nächtigungen. Aber auch andere Regionen, wo der Bauboom von der örtlichen Bevölkerung zunehmend hinterfragt wird, wie etwa der Bezirk Liezen, Klagenfurt-Villach oder der Bregenzer Wald verzeichneten je etwa eine halbe Million Plattform-Nächtigungen.

Deutsche und Tschechen mieten sich in Österreich besonders gerne über eine Plattformen ein, gefolgt von amerikanischen und asiatischen Gästen. Angesichts der Zahlen spricht eigentlich vieles für eine stärkere Regulierung der Plattformwirtschaft. Denn selbst wenn sie neue, oftmals günstigere Reisemöglichkeiten erschließt, darf sie nicht zu einem unlauteren Wettbewerb gegenüber Hotellerie und registrierten Privatquartieren führen. Dass Investitionen in als Anlegerobjekte beworbene Ferienwohnsitze den Flächenfraß und die Umweltzerstörung vorantreiben, ist nur ein weiterer Aspekt, der mittelbar von Homesharing-Plattformen begünstigt wird. Aktuell beraten Rat und EU-Parlament über die digitale Dienstleistungsakte und das Gesetz über digitale Märkte. Hier ist sicherzustellen, dass die Digitalwirtschaft neu bewertet wird und faire Wettbewerbsbedingungen dazu beitragen, traditionelle Betriebe und nachhaltige Wirtschaftsmodelle nicht abzuhängen.



Österreich bei Umsetzung der Abwasserrichtlinie an der Spitze

Österreich ist nicht nur bei der Umsetzung der aktuellen Abwasserrichtlinie im Spitzenfeld, sondern bringt sich auch intensiv in die Diskussionen im Vorfeld der Richtlinienrevision ein. Neben der öffentlichen Konsultation finden auf europäischer Ebene zahlreiche Expertengespräche statt. Es wurden zehn Politioptionen durchgerechnet und analysiert und mit der Veröffentlichung dieser Factsheets einen umfassenden Überblick über die Siedlungswasserwirtschaft in Österreich ermöglicht. Interessant im Hinblick auf die Richtlinienrevision sind die vorgenommenen Kostenschätzungen, u.a. in Bezug auf einheitliche EU-Grenzwerte, obligatorische Überwachung und Berichterstattung oder den risikobasierten Ansatz.

Anders stellt sich die Situation in Frankreich und Ungarn dar. Die EU-Kommission klagt die beiden Staaten vor dem EuGH wegen mangelhafter Umsetzung der EU-Abwasserrichtlinie aus dem Jahr 1991. Noch immer gibt es Gemeinden, wo Abwässer nicht gesammelt oder ausreichend geklärt werden.

Trinkwasserrichtlinie: Kommission klagt Italien

Die EU-Trinkwasserrichtlinie sorgt dafür, dass Leitungswasser genusstauglich und gesundheitlich unbedenklich ist. In 16 Gemeinden der italienischen Region Latium ist dies nicht der Fall, weshalb Italien jetzt verklagt wird.



Spatenstich für neuen Kindergarten in Siegendorf: Über 100 anstehende Kommunalprojekte wurden von den burgenländischen Gemeinden seit der Gründung der „Projektentwicklung Burgenland GmbH“ (PEB) angemeldet. Davon sollen bis nächstes Jahr über 20 umgesetzt werden. Mit dem Spatenstich für einen neuen Kindergarten in der Marktgemeinde Siegendorf erfolgte nun der Startschuss für das nächste wichtige kommunale Bauvorhaben, beim dem das Land mit der PEB unterstützend an Bord ist. Den Spatenstich nahmen unter anderem LH-Stv.ⁱⁿ Astrid Eisenkopf, Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner, Vizebürgermeisterin Rita Stenger sowie Thomas Rosner von der PEB vor. Der neue Kindergarten wird neben dem Bildungszentrum, in dem Volksschule und Neue Mittelschule untergebracht sind, errichtet. Baubeginn ist Mitte Oktober 2021, die Fertigstellung ist für Ende Oktober 2022 geplant. Die Gesamtinvestitionskosten: ca. 3,5 Mio. Euro. Foto: LMS



Bürgermeister Halb im Bürgermeisternationalteam

Weißbriach im schönen Gitschtal war der Austragungsort des ersten Trainings mit Trainingsspiel des „Österreichischen Bürgermeister Fußball-Teams“ nach dem Lockdown. Mit dabei war erstmals der Bürgermeister aus Mühlgraben, Fabio Halb. Abgeschlossen wurde das Trainingslager mit einem Spiel gegen die Altherren der „SG Gitschtal“. Dieses ging nach zwei Mal 30 Minuten mit 1:0 an die Hausherrn.

Fabio Halb (zweite Reihe stehend 2.v.l.) mit seinen Teamkollegen beim Mannschaftsfoto Foto: Bgm. Franz Pelzmann

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M